

BULLETIN N°80 - September 2022

GRUßWORT DES VORSITZENDEN

Liebe Mitglieder,

ich freue mich, Ihnen das dritte VEM-Bulletin im Jahr 2022 mit dem Schwerpunkt auf der Frage der Pressefreiheit vorstellen zu können. Die hohe Zahl der Morde an Journalisten in und rund um Europa zeigt, dass der Mangel an Sicherheit die Medien vor große Herausforderungen stellt, um ihre wesentliche Rolle in den modernen Demokratien in Freiheit erfüllen zu können. Angesichts dieser Relevanz des Themas möchte ich allen VEM-Mitgliedern, die sich mit ihren Beiträgen im Abschnitt zu den Schwerpunktthemen an dieser wichtigen Diskussion beteiligt haben, besonders danken.

Im Rückblick auf meine ersten Monate als Vorsitzender des VEM möchte ich auch allen VEM-Mitgliedern danken, die sich an den jüngsten Aktivitäten des Vereins beteiligt haben. Der VEM hat sein vorrangiges Ziel, den politischen Dialog zu fördern, mit zwei Reisen ins Ausland erfolgreich umgesetzt. Zum einen nahm der VEM vom 16. bis 18. Juni an einem Sitzungsprogramm teil, das von der Europäische Vereinigung der ehemaligen Mitglieder der Legislativorgane der Mitgliedstaaten des Europarates organisiert wurde. Einen Bericht des VEM-Delegierten Miguel Angel Martínez Martínez über seine Reise nach Helsinki finden Sie im Abschnitt zu den VEM-Aktivitäten. Zum anderen wird der VEM vom 22. bis 24. September eine Fachexkursion zur Jean-Monnet-Stiftung für Europa organisieren mit Sitz in Lausanne (Schweiz), einschließlich eines Besuchs bei der Interparlamentarischen Union mit Sitz in Genf. Die stellvertretende Vorsitzende des VEM, Monica Baldi, wird die Delegation leiten. Die Dezemberausgabe des Bulletins wird einen Bericht über diese Fachexkursion enthalten. Eine weitere einflussreiche Aktivität des VEM war die neunte Veranstaltung „Librorum“ am 15. September, bei der Anna Karamanou, Mitglied des VEM, ihr jüngstes Buch mit dem Titel „The peaceful uprising of the female sapiens“ (Der friedliche Aufstand der weiblichen Sapiens) vorstellte und erörterte.

Darüber hinaus hat das Programm „EP to Campus“ weiterhin Hochschulstudenten die Möglichkeit gegeben, das Fachwissen und die Erfahrung unserer aktiven VEM-Mitglieder zu nutzen, denen ich danken möchte. Die vier Beiträge zum Programm „EP to Campus“ in dieser Ausgabe zeugen von erfolgreichen Aktionen zu einer Vielzahl von Themen, nicht nur in europäischen Ländern wie Spanien, Deutschland und der Türkei, sondern auch in den USA. Neben den Beiträgen über die zahlreichen Aktivitäten des VEM enthält die vorliegende Ausgabe des Bulletins auch eine Reihe von Erläuterungen der Mitglieder des Vereins zu aktuellen Ereignissen angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der Energiefrage und der Zukunft Europas.

Mit Blick auf die Zukunft freue ich mich, ein vielversprechendes Herbstprogramm des VEM ankündigen zu können. Zunächst wird der VEM vom 23. bis 25. Oktober eine Reise in die Tschechische Republik anlässlich des tschechischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union organisieren. Ziel der Reise ist es, den Dialog zwischen den ehemaligen Mitgliedern und dem nationalen Parlament über die politische Agenda der EU zu fördern. Als nächstes stehen die jährlichen Veranstaltungen des VEM im Dezember an, und ich bin dem Haus der Europäischen Geschichte dankbar, dass wir seine Gäste sein dürfen. Am 6. Dezember findet eine Führung durch die transnationalen Sammlungen des Hauses der Europäischen Geschichte statt. Auf der anschließenden zehnten Veranstaltung „Librorum“ wird Vitaliano Gemelli, sein Buch „La finanza per la società. Dal dominio al servizio. Cenni sulla necessità di una trasformazione“ vorstellen. Den ersten Veranstaltungstag im Dezember werden wir mit einem Cocktail-Empfang und einem Gala-Dinner abschließen. Am 7. Dezember findet im Europäischen

Parlament in Brüssel das jährliche Seminar mit einer hochrangigen statt. Während des jährlichen Seminars werden wir über die wirtschaftliche Zukunft Europas mit hochkarätigen Referenten nachdenken. Ein Get-Together-Mittagessen wird folgen nach einer Veranstaltung zur Ehrung des ehemaligen EP-Präsidenten und FMA-Ehrenpräsidenten Lord Henry Plumb, organisiert vom Europäischen Forschungsdienst des Parlaments (EPRS) im Lesesaal der Bibliothek des Europäischen Parlaments.

Abschließend möchte ich allen VEM-Mitgliedern und -Mitarbeitern danken, die Beiträge zu dieser Septemбераusgabe des Bulletins geleistet und geholfen haben, Ihnen ein lesenswertes Bulletin vorzulegen.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Klaus Hänsch". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Klaus Hänsch

Vorsitzender des VEM

CURRENT AFFAIRS

DIE PARLAMENTARISIERUNG IM EUROPA DER ZUKUNFT¹

Es gibt viele Möglichkeiten, die Zukunft der Union zu sichern und zu verbessern. Sie alle sind im Abschlussbericht einer Konferenz aufgeführt, die von einer beeindruckenden Bürgerbeteiligung geprägt war.

Aber alle diese Wege führen letztlich zu der Verfassungsformel von Artikel 10 EUV: *„Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie“*.

Jede innovative Initiative muss, um konkreten Charakter zu gewinnen und politisch und rechtlich durchführbar zu sein, in der zentralen Stellung des europäischen Parlamentarismus verankert sein.

Das gilt vor allem für die Forderung, die Struktur des Parlaments selbst zu ändern, um seine „europäische Identität“ besser widerzuspiegeln, sei es durch ein einheitliches Wahlsystem in den Mitgliedstaaten oder sei es durch die Einführung gesamteuropäischer und transnationaler Wahllisten mit Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten (38.2).

Die Bürger fordern nach wie vor, dass das Parlament in allen Entscheidungsprozessen der Union als Protagonist und Förderer der Transparenz auftritt: Der Zugang aller – auch der am stärksten Benachteiligten – zu digitalen Werkzeugen soll erleichtert werden, außerdem sollen künstliche Intelligenz und Maschinenübersetzung so umfangreich wie möglich genutzt werden, um Sprachbarrieren zu überwinden (37.3).

Um die Verbindung zu den Bürgern zu stärken – und um die tiefe Kluft zu überwinden, die unmittelbar nach den Wahlen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen politischen Systemen zu entstehen droht –, wurde auf der Konferenz ein echter *„Aktionsplan für die europäische Demokratie“* (36.8) vorgestellt. Dazu gehören neben den parlamentarischen Institutionen auch Formen der partizipativen Demokratie, die in einer *„Europäischen Charta für den Beitrag der Bürger zu europäischen Angelegenheiten“* konkretisiert und rationalisiert werden sollen (36.11).

In erster Linie geht es um die Entwicklung eines *„Mechanismus zur Überwachung politischer und legislativer Initiativen, die aus partizipativen Demokratieprozessen hervorgegangen sind“*. Damit würde eine Verknüpfung zwischen Parlament und Wählern geschaffen, die sich natürlich auch auf alle Entscheidungsprozesse im Parlament erstrecken müsste, um zu verhindern, dass die Demokratie durch die Undurchsichtigkeit dieser Prozesse erheblichen Schaden erleidet.

Der Vorschlag, ein *„Netz von lokalen Beratern der Union“* zu schaffen, berührt den Auftrag der einzelnen Mitglieder des Europäischen Parlaments unmittelbar (36.6). Es liegt in der Natur der Sache,

¹ Die Zahlenangaben (im Text) entsprechen der Nummerierung der Vorschläge im Abschlussbericht der „Konferenz über die Zukunft Europas“.

dass nur die einzelnen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit ihrer Zuständigkeit und ihrem Know-how für ein bestimmtes geografisches Gebiet die Pfeiler bilden können und müssen, auf die sich die Bürgeraktivisten stützen müssen, um im institutionellen Mechanismus der Union unmittelbar Stimme und Einfluss zu erlangen. So würde dem „*robusten Sozialmodell*“, das zusammen mit dem Rechtsstaat das Herzstück der europäischen Demokratie bildet, sichtbare Vitalität verliehen (38.1).

Die „Parlamentarisierung“ der Zukunft der Union zeigt sich jedoch am deutlichsten in den von der Konferenz vorgeschlagenen „Eingriffen“ in den empfindlichen Mechanismus, der die nationalen Systeme und das gemeinschaftliche System verbindet.

Insbesondere sollten die nationalen und regionalen Vertretungen eine „*verstärkte Beteiligung*“ am Beratungsprozess übernehmen, und zwar vor allem, um ihre Erfahrungen bei der „*Umsetzung*“ der EU-Rechtsvorschriften vor Ort zu nutzen (39.2). Sehr weitreichend ist auch der Vorschlag, den nationalen Parlamenten die Gesetzgebungsinitiative in den EU-Organen einzuräumen (40.2). Bei näherer Betrachtung wäre dies eine Neuerung, die im Hinblick auf das Erscheinungsbild einer „immer engeren Union“ – wichtiger wäre als die näher rückende Gesetzesinitiative für das Europäische Parlament. Eine enge inhaltliche Verknüpfung zwischen der Vertretung auf nationaler und der auf supranationaler Ebene dürfte in der Tat diesem euro-nationalen parlamentarischen System neues Leben und neue Sichtbarkeit verleihen, das bereits jetzt das Geflecht der Einheit im konstitutionellen Pluralismus der EU darstellt – eine Verknüpfung, die nicht nur im Wege der von der Konferenz erwähnten „*aktiven Subsidiarität*“ (40.1), sondern vor allem durch die Konsolidierung und den Ausbau der organischen interparlamentarischen Zusammenarbeit nach der „Methode der Konferenz“ zu stärken wäre. Dafür gibt es bereits fruchtbare Beispiele, so die Konferenz der Parlamentarischen Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC), die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität sowie wirtschaftliche Steuerung und Koordinierung in der EU (Artikel 13 des Fiskalpakts) oder die Konferenz für die parlamentarische Kontrolle der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP-GSVP).

Es ist in der Tat folgerichtig, dass das demokratische Leben der Union in all seinen vielfältigen Ausdrucksformen und mit allen möglichen Konsultationsmechanismen (39.5) auch nach dieser großen Übung im Bereich Partizipation seinen endgültigen Niederschlag in den Beschlüssen der Repräsentativorgane findet, das heißt, in jenem weiten Netz gewählter Versammlungen, das sich über das gesamte Territorium der Union erstreckt und in dem die zentrale Rolle des Europäischen Parlaments einen notwendigen Platz einnimmt, wobei der Grundsatz der Zuständigkeiten und die nationale Identität der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben (Artikel 4 und 5 EUV).

Das zusammenfassende Symbol dieses verfassungsrechtlichen „New Deal“ ist in dem Vorschlag zu sehen, dem Europäischen Parlament die Möglichkeit zu geben, in der gesamten Union Volksabstimmungen abzuhalten, „*wenn sich ein Thema als besonders wichtig für die Bürger Europas insgesamt erweist*“ (38.2).

Nach den traurigen Erfahrungen mit nationalen Volksabstimmungen, die sich zerstörerisch auf das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks ausgewirkt haben, stellt diese Aussicht auf eine europäische direkte Demokratie – auf der Grundlage der europäischen repräsentativen Demokratie – die klarste Perspektive für die Zukunft der Union dar.

WAR CRIMES AND IMPUNITY

Die Frage der Intervention der internationalen Justiz taucht heute bei jedem neuen Konflikt in der Welt auf und führt häufig zu heftigen Kontroversen. Wenn es um die internationale Justiz geht, prallen zwei radikale Thesen aufeinander: Einige sehen in ihr eine Waffe, die von den Regierungen je nach ihren momentanen Interessen eingesetzt oder aufgegeben wird, während andere den Kampf gegen die Straflosigkeit als Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie betrachten. Die Einmischung der Justiz in bewaffnete Konflikte hat die verschiedenen Akteure gezwungen, ihre Einstellung zu Krieg und Friedenskonsolidierung neu zu überdenken, und seit dem Ende des Kalten Krieges ist eine neue Diplomatie entstanden: Die der internationalen Strafgerichte. Diese neue Situation hat dazu geführt, dass Regierungen bzw. Staaten, die in Kriege verwickelt sind, sich bei der Auswahl der Ziele auf Anwälte verlassen, um das Risiko der Strafverfolgung bei internationalen Verbrechen zu minimieren. Die Geschichte, die hinter uns liegt, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Am 17. Juli 1998 wurde in Rom das IStGH-Statut unterzeichnet, das in den letzten Wochen im Zusammenhang mit Putin und dem russischen Einmarsch in der Ukraine in aller Munde war. Mit diesem Datum ging eine fünfzigjährige Reise zu Ende, in der die internationalen Menschenrechtsnormen ratifiziert und konsolidiert wurden. Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Diese Erklärung hatte den Anspruch, die Grundnorm zu sein (Begriff, der von dem österreichischen Juristen H. Kelsen in die allgemeine Rechtstheorie eingeführt wurde), das Fundament einer internationalen Rechtsordnung, die den Absichten der Staaten, Kriege und Konflikte auszulösen, Grenzen setzen sollte. Die Momentaufnahme dieser Zeit verdeutlicht zum einen, dass souveräne Staaten, selbst demokratische, auf der Grundlage ihrer immateriellen Souveränität Rassentrennung, staatliche Folter, Masseninternierungen, rechtliche und soziale Ungleichheiten, Kriege gegen Arme und Migranten sowie Aggressionen gegen andere Länder in verschwenderischer Weise legitimieren. Auf der anderen Seite nahm glücklicherweise ein überstaatliches Rechtssystem Gestalt an, wenn auch nur bruchstückhaft, das zum Ziel hatte, der grenzenlosen und gewaltsamen Souveränität der Staaten Grenzen zu setzen. Das Römische Statut brach das Tabu der Straflosigkeit und der Kriegsverbrechen und schuf einen internationalen Strafgerichtshof, der im Gegensatz zu den früheren Ad-hoc-Gerichten (ehemaliges Jugoslawien, Ruanda) in der Lage gewesen wäre, Kriegsverbrecher oder Aggressoren nach den Grundsätzen der Legalität zu verfolgen. Bedauerlicherweise zeichnete sich zu dem Zeitpunkt dieser epochalen juristischen Novität bereits ein anderes Klima ab, das die Rache der souveränen Staaten nach sich ziehen würde, die ihre Räume nicht der universellen Gerichtsbarkeit zum Schutz der Menschenrechte überlassen wollten. Was kann also getan werden, um die Fäden des unterbrochenen Weges neu zu knüpfen und dem Kampf gegen die Straflosigkeit den gebührenden Raum zurückzugeben? Etwa zwanzig Jahre nach der Einrichtung der ersten internationalen Strafgerichtshöfe hat sich die internationale Justiz als ein Akteur in den internationalen Beziehungen etabliert. Bislang blieben zu viele Staaten gleichgültig, insbesondere gegenüber Völkermorden in Afrika. Passivität und Selbstgefälligkeit sind nicht mehr akzeptabel, es ist jedoch schwierig, weil Skepsis und nationale Interessen überwunden werden müssen. Der IStGH hat lange Zeit seine Kompetenz, die Mächtigsten der Welt zu konfrontieren, in Frage gestellt, zumal die finanziellen Beiträge für das Funktionieren des IStGH weitgehend von eben diesen Mächtigen abhängen: Fatou Bensouda, die ehemalige Chefanklägerin des IStGH, leitete Ermittlungen zu den mutmaßlichen Verbrechen Russlands in Georgien ein, die zu nichts führten, zur Ukraine nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 und zu den mutmaßlichen Verbrechen Israels in Palästina, ohne greifbare Ergebnisse. Sie hat auch von einer

vorläufigen Prüfung des Vorgehens der britischen Truppen im Irak abgesehen. Der Fall Afghanistan ist ebenfalls hochgradig politisiert, da er sich ausschließlich auf die von den Taliban verübten Verbrechen konzentriert (endgültige Entscheidung des Staatsanwalts Khan) und Versuche unternommen werden, Ermittlungen zu mutmaßlichen Verbrechen des US-Militärs zu verhindern. Die verschiedenen einzelstaatlichen Maßnahmen im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit der Staaten sind wichtig im Kampf gegen die Straflosigkeit bei schwersten Verbrechen, ihre Reichweite ist allerdings begrenzt. Diese einzelstaatlichen Maßnahmen sind jedoch ein Zeichen dafür, dass sich der Wille der Staaten im Kampf gegen die Straflosigkeit geändert hat. Vor diesem Hintergrund rief Kanada am 4. März 2021 zu Gesprächen im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1984 gegen Folter auf, um Mittel zu finden, die syrische Regierung für die seit 2011 begangenen Misshandlungen zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Misshandlungen bildeten die Grundlage für einen ähnlichen Antrag der Niederlande vom 18. September 2020. Nach Artikel 30 der Antifolterkonvention, der diese Länder beigetreten sind, könnte das Scheitern der Verhandlungen den Weg für eine Klage gegen den syrischen Staat vor dem Internationalen Gerichtshof ebnen. Zu den weiteren Instrumenten, die zur Verwirklichung der Ziele beitragen können, gehören Mechanismen zur Informationsbeschaffung, die Beseitigung von Repressalien durch die Verwaltung, Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer, Initiativen zum Gedenken an die Opfer und institutionelle Reformen, die verhindern sollen, dass sich Menschenrechtsverletzungen wiederholen. Die EU sollte weiterhin die Bemühungen um eine universelle Gerichtsbarkeit und Rechenschaftspflicht in Nicht-EU-Staaten unterstützen, unter anderem durch finanzielle Unterstützung, den Austausch bewährter Verfahren, eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und die Einrichtung länderübergreifender gemeinsamer internationaler Ermittlungsteams. In diesem Zusammenhang ist die Stärkung von Eurojust daher äußerst wichtig: Es ist von entscheidender Bedeutung, die Koordinierung der EU-Bemühungen zur Untersuchung, Sammlung und sicheren Aufbewahrung von Beweismaterial zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu überwachen und zu unterstützen; selbst der juristische Weg wird den Bedürfnissen der Opfer und der Bevölkerung nur teilweise gerecht, denn das Schlüsselement für den Wiederaufbau einer Gesellschaft ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dieses staatsbürgerliche Vertrauen ist jedoch auf vier Säulen begründet, nämlich dem „Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Sicherheit“ (Louis Joinet), und nicht allein auf dem Justizsystem. Juristisches Handeln ist kein politisches Handeln. Die Frage ist nun, wann und wie und in welcher Kombination mit anderen, nicht strafrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit eingegriffen werden soll. Letztlich gilt, wie Kelsen schrieb: *„Souveränität ist ein Problem“*. Dies schrieben auch Freud und Einstein 1932 in einem außergewöhnlichen Briefwechsel, in dem sie sich gegen den Krieg aussprachen. Nun scheint es an der Zeit zu sein, einen Neuanfang zu machen. Die Aufgabe der Politik und der verschiedenen Akteure besteht darin, den Übergang von der Idee der unbegrenzten Souveränität zur Idee der begrenzten Souveränität zu erleichtern, die Raum für ein neues Kapitel des internationalen Rechts und des Kampfs gegen die Straflosigkeit lässt – bevor es zu spät ist!

Pierantonio Panzeri

KRISENVORSORGE IM ENERGIEBEREICH

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine ist die bei Weitem schwerste Krise für die EU die massive Energiemangel und die erhöhte Gefahr von Stromausfällen, da etwa 80 % der gesamten Primärenergie der EU aus fossilen Brennstoffen erzeugt werden, von denen ein großer Teil über Pipelines aus Russland kommt.

Mit dem „Grünen Deal“ hat die EU bereits einen klaren Plan angenommen, um den Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen wie Windkraft- und Photovoltaikanlagen in der EU kräftig zu erhöhen und damit die Autonomie der EU in den Bereichen Energie und Energietechnologien zu stärken. Diese Energiewende erfordert jedoch Unmengen von Material (wie Kupfer, Stahl und Seltenerdmetalle) und eine Unzahl von Elektrotechnikern, um die Masse von Windkraft- und Photovoltaikanlagen installieren zu können. Darüber hinaus muss die EU viele kritische Rohstoffe aus Asien, insbesondere aus China, einführen, und hat mit einem zunehmenden Mangel an Elektrotechnikern zu kämpfen. Daher wird dieser Übergang im Rahmen des Grünen Deals voraussichtlich ca. 25 Jahre dauern.

Ich stehe fest hinter diesem Grünen Deal. Aufgrund der genannten Engpässe halte ich es jedoch nicht für möglich, diese Energiewende deutlich schneller zu vollziehen. Um beispielsweise die Ziele des Grünen Deals zu erreichen, muss allein Deutschland bis 2050 – oder sogar noch früher – 70 000 neue Windkraftanlagen errichten. Dies bedeutet, dass allein in Deutschland bis 2050 jedes Jahr 2 500 neue Windkraftanlagen bzw. jeden Tag sieben neue Windkraftanlagen in Betrieb genommen werden müssen. Und nun bedenken Sie, dass Deutschland 2021 etwa 450 neue Windkraftanlagen errichtet hat. Würde Deutschland weiterhin mit derselben Geschwindigkeit wie 2021 Windkraftanlagen errichten, würde es *160 Jahre* dauern, bis das Ziel des Grünen Deals erreicht ist.

Ich halte es daher für geboten, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten bis 2040 bzw. 2050 zügig Übergangstechnologien im Energiebereich einführen. Diese Übergangsstrategie für den Energiebereich kann Folgendes umfassen: die Nutzung von Flüssigerdgas aus anderen globalen Quellen, die Erschließung von Erdgasvorkommen in der EU durch neue umweltfreundliche Fracking-Technologien, die an Hochschulen in der EU entwickelt werden, die Verlängerung des Betriebs bestehender Kohle- und Kernkraftwerke und die beschleunigte Einführung intelligenter Stromzähler. Angesichts der gegenwärtigen, äußerst angespannten Lage der Energieversorgung in der EU sollten meines Erachtens keine Abhilfemaßnahmen ausgeschlossen werden.

Ein großer Teil der Hardware- und Softwarekomponenten für diese Windkraft- und Photovoltaikanlagen wird in Asien hergestellt, sodass die EU im Hinblick auf die entsprechenden Lieferungen von diesem Kontinent abhängig ist. Ich halte es daher für dringend geboten, einen Plan auszuarbeiten, mit dem die Autonomie des Binnenmarkts mit Blick auf die Energiegewinnung und Energiegewinnungsanlagen sowie die Anlagen zur Gewinnung der erforderlichen Rohstoffe, einschließlich der Autonomie für die jeweils benötigten Technologien, erheblich gestärkt wird. Die EU müsste diese Autonomie in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Materialverarbeitung, Design, Herstellung, Installation, Inbetriebnahme und Wartung der Anlagen im Binnenmarkt erreichen. Es geht darum, Energiearmut und Arbeitslosigkeit unter den Bürgern und Verbrauchern in der EU zu vermeiden.

Um eine massive Energieknappheit in Europa zu vermeiden, sollten meines Erachtens folgende Maßnahmen geprüft werden:

- Stärkung und Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarkts,
- bessere Zusammenarbeit und Koordinierung mit gleich gesinnten Partnern,
- Verfolgung einer ehrgeizigen Handelspolitik und Diversifizierung der Quellen,
- Beseitigung von Qualifikationslücken auf dem Arbeitsmarkt,
- bessere Kommunikation und Sensibilisierung,
- schnellere Fortschritte bei Innovation und Digitalisierung,
- leichter Zugang zu Finanzmitteln,
- Sicherstellung ausreichender Investitionen (u. a. zur Erleichterung des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft),

- Sicherstellung einer realistischen Energiepolitik.

DIE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG – NEUGESTALTUNG DER HAUSHALTSREGELN

Am 23. Mai sprachen sich die Finanzminister der EU-27 dafür aus, dass angesichts der Frühjahrsprognose des Europäischen Semesters die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) über das Jahr 2023 hinweg verlängert werden soll, damit im Rahmen von nationalen fiskalpolitischen Maßnahmen Spielraum für eine rasche Reaktion auf sich verändernde Umstände in höchst unvorhersehbaren Zeiten bleibt. Die zentrale Herausforderung, die SWP-Regeln selbst grundlegend zu überarbeiten, ist jedoch nach wie vor ungelöst, obschon weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass sie sich in weiten Teilen als kontraproduktiv erwiesen haben.

Bereits im November 2018 habe ich als MdEP (2014–2019) für den Haushaltskontrollausschuss des EP ein Arbeitsdokument zu einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) mit dem Titel „Wird das Hauptziel der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) erreicht?“ vorgelegt. Dabei ging es darum, ob die Kommission die fiskalpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten wirksam koordiniert hat, um rasche Fortschritte bei der Verwirklichung ihrer jeweiligen mittelfristigen strukturellen Haushaltsziele zu erreichen.

Die wichtigste Schlussfolgerung im Bericht des Rechnungshofs lautete: „Die Kommission hat von diesen Ermessensbefugnissen sehr umfassend Gebrauch gemacht, um die Anpassungsvorgaben zu senken, sowohl bei der Festlegung der Durchführungsbestimmungen als auch bei Einzelentscheidungen“. Infolgedessen habe die Kommission jedoch nicht dafür gesorgt, dass das Hauptziel der Verordnung erreicht wird, nämlich „eine Annäherung an die mittelfristigen Haushaltsziele innerhalb eines angemessenen Zeitraums“. Die Kommission wandte sich ebenso unmissverständlich gegen diese eindeutige Schlussfolgerung und erklärte in ihren Antworten, dass sie die Schlussfolgerung des Rechnungshofs zurückweist, wonach sie nicht sichergestellt habe, dass das Hauptziel der Verordnung erreicht wird.

Dieses vollständige Fehlen eines gemeinsamen Verständnisses veranlasste mich damals zu der Schlussfolgerung, dass die SWP-Regeln dringend einer erneuten umfassenden Gesamtüberprüfung unterzogen werden müssen, einschließlich der Frage, ob es angebracht wäre, den derzeitigen SWP, der auf dem Paradigma der Haushaltsdisziplin gründet, durch einen alternativen Pakt für nachhaltige Entwicklung vollständig zu ersetzen, der das notwendige Gleichgewicht, die notwendige Komplementarität und die erforderliche gegenseitige Verstärkung zwischen einem umsichtigen haushaltspolitischen Kurs und den Nachhaltigkeitszielen bieten würde. Die Entwicklungen in den drei Folgejahren haben die Dringlichkeit einer solchen umfassenden Reform nur noch verstärkt.

Seither ist zu beobachten, dass die EU am besten zu funktionieren scheint, wenn die EU-Haushaltsregeln nicht eingehalten werden, wobei niedrige Haushaltsdefizite und niedrige Verschuldungsgrenzen für das dritte Jahr ausgesetzt wurden und auch die Vorschriften über staatliche Beihilfen, die in der Regel ein Kernstück des EU-Rechts sind, um eine Ungleichbehandlung von Unternehmen zu unterbinden, ebenfalls vorübergehend und teilweise ausgesetzt wurden. Wenn vernünftigerweise davon auszugehen ist, dass das Hauptargument für eine Vorschrift darin besteht, dass sie missachtet werden kann, dann sollte man sich wahrscheinlich fragen, wie sinnvoll die Vorschrift überhaupt ist.

Ein Überblick über die gesammelten Erfahrungen hat zu der überaus wichtigen Erkenntnis geführt, dass die EU deutlich mehr in Solidarität, Resilienz und strategische Autonomie investieren muss. Es hat sich gezeigt, dass es nicht länger möglich ist, die Zukunft mit Konzepten und Kategorien aus der

Vergangenheit zu erfassen. In dem heutigen zunehmend unsicheren geopolitischen und wirtschaftlichen Umfeld braucht Europa einen Pakt für Solidarität und Resilienz, der den weitgehend überholten SWP ersetzen soll, um sich selbst gegen künftige Schocks abzusichern und die Grundlage für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu legen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten sich dieser entscheidenden Herausforderung stellen oder eher zum alten, destruktiven Austeritätsparadigma zurückkehren werden.

Georgi Pirinski

LEKTIONEN VOM DON

In den 1990er-Jahren arbeitete ich bei einem multinationalen Unternehmen und reiste daher oft in die Ukraine, wo ich einen fantastischen Kollegen hatte, Sergiy. Sergiy erzählte mir viel über sein unbekanntes, unbeachtetes Land. „*Schau, sogar bei der Wettervorhersage von CNN fehlt Kiew auf der Karte.*“, sagte er. Heute würde kein Nachrichtensender Kiew auf seiner Landkarte aussparen.

Die Machtprojektionen 2021 im Südchinesischen Meer und die darauf folgenden spannungsgeladenen Olympischen Winterspiele in Peking wurden durch den Besuch Putins bei Xi Jinping weiter verschärft. Wenige Tage später begann der Krieg gegen die Ukraine. Die Ereignisse machten deutlich, was viele von uns seit mindestens 2014 oder sogar seit dem Ende des Kalten Krieges vermutet hatten: Das multipolare Zeitalter war eine kurze Unterbrechung zwischen zwei – wenn auch unterschiedlichen – Epochen der Bipolarität:

1. Die frühere mit der UdSSR und den Ländern des Warschauer Paktes auf der einen Seite und mit den mit Westeuropa in der NATO verbündeten USA auf der anderen Seite. Staatssozialismus gegen Kapitalismus. Demokratien gegen Einparteiensysteme. Ein klarer Schnitt für alle, mit einem Eisernen Vorhang quer durch Europa; die restliche Welt ist nicht vorhanden.
2. Die neue bilaterale Ordnung ist nicht so einfach, selbst wenn sich zwei Pole ausmachen lassen: China/Russland gegen Transatlantik und gleichgesinnte Länder. Staatskapitalismus gegen Kapitalismus. Innerhalb von letzterem finden wir jedoch ein breites Spektrum verschiedener Schattierungen von Demokratie. Der neue Eisernen Vorhang soll sich von Norden nach Süden erstrecken, dieses Mal Tausende von Kilometern weiter östlich, und die Schwarzmeerküste der Ukraine verkürzen oder abtrennen. Unterdessen wurden infolge der Globalisierung und der sich daraus ergebenden gegenseitigen Abhängigkeit viele Länder der restlichen Welt in den Status von „Fährenländern“ erhoben, die zwischen den beiden Häfen treiben. Eines davon ist die Ukraine, die die klare Absicht hat, der EU anzugehören.

Politische Systeme ändern sich plötzlich; die Wirtschaft hingegen reagiert mit erheblicher Verzögerung. Es hat Zeit und Mühe gekostet, Vertrauen und Sicherheit aufzubauen, damit Investitionen fließen, wirtschaftliche Umbrüche stattfinden, und die als globale Lieferketten bekannten Abläufe zu optimieren. Globalisierung vollzieht sich folglich mit unterschiedlichem Tempo, und sie ist komplex, vielschichtig und vor allem eines: fragil. Die Havarie von Evergreen im Suezkanal, der Brexit, COVID-19 und jetzt der Krieg in der Ukraine machen deutlich, wie unwirksam die Globalisierung angesichts äußerer Faktoren wie Naturkatastrophen oder politischen Entscheidungen

ist. Sowohl für die Gesellschaft als auch für die Wirtschaft ist der Krieg eine Beeinträchtigung neuen Ausmaßes. Er wirkt sich auf die Versorgungsketten für wesentliche Rohstoffe, von Energie- bis hin zu Nahrungsmittelsystemen, aber auch für spezielle Güter wie Helium für die Chipherstellung aus und zieht dabei auch das Finanzsystem in Mitleidenschaft. Die am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die auf Sektoren mit hoher Wertschöpfung spezialisiert sind und deren Produktion größtenteils in andere Kontinente ausgelagert ist, mussten die bittere Erfahrung machen, dass der Dienstleistungssektor systematische Risiken schafft. Wird das Pendel wieder zurückschwingen? Wohl eher nicht. Die Asymmetrien beim Ungleichgewicht von Rohstoffen, Produktion und Dienstleistungen werden in der neuen bilateralen Ordnung fortbestehen. Die echte Alternative zu Abhängigkeit ist nicht *Unabhängigkeit*, sondern *wechselseitige* Abhängigkeit.

Das Südchinesische Meer ist eine weit entfernte und abstrakte geopolitische Herausforderung; die Ukraine hingegen macht uns alle nicht zu Zeugen, sondern zu aktiv an der im Entstehen begriffenen Neuen Ordnung Mitwirkenden. Unsere Wahl ist ausschlaggebend. Wenn die EU sich nicht dazu bekennt, auch weiterhin ein Leuchtturm zu sein, dessen Basis Grundsätze bilden, laufen wir Gefahr, ein „Fährenkontinent“ zu werden.

Ein Leuchtturm zu sein beginnt mit unserer Entscheidung, die europäische Flagge hochzuhalten und für die Gemeinschaftsmethode statt für ein Nullsummenspiel einzutreten.

Ein Leuchtturm zu sein bietet den Fährenländern und -kontinenten eine Richtung und einen sicheren Hafen anstelle der rauen See.

Ein Leuchtturm zu sein bedeutet, ein tiefes Verständnis der proklamierten Werte zu haben und sich daran zu erinnern, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist, sondern ständige Bemühungen oder, wie heute in der Ukraine, einen heroischen Kampf erfordert. Sergiy und sein Sohn Taras sind zwei der vielen Helden, die wir grüßen.

Ein Leuchtturm zu sein, bedeutet die aufrichtige Bereitschaft, das ukrainische Volk zu verstehen. Wie die tschechische Botschafterin Edita Hrdá es vor kurzem ausgedrückt hat: *„Ich habe das Gefühl, dass viele in Brüssel Fukuyama gelesen haben und zu wenige Scholochows „Der stille Don“.*² Die Botschaft an diejenigen, deren Interesse an der Region nur oberflächlich ist, ist einfach: Im Krieg wie im Frieden sind die Völker entlang des Flusses Don wechselseitig voneinander abhängig.

Edit Herczog

ALLEE DER ENGEL

Viktoria, Dmitrii, Nadejda, Kirill...

Die Namen der Engel von Donezk sind in Tokovskyer Granit graviert. In goldenen Buchstaben steht geschrieben: „Allee der Engel“. Ein zwei Meter hoher von Rosen umrankter schmiedeeiserner Bogen wurde zu ihren Ehren errichtet.

Die Form der Rosen ist untypisch – sie ähneln Splittern von Minen und Granaten, und damit den Sprengstoffen und Bomben, die seit 2014 zahlreiche Kinder* im Donbass getötet oder verletzt haben.

² Politico, [Brussels Playbook](#) (22. April 2022)

Am 1. Juni 2017 wurde im selben Park eine Skulptur eingeweiht. Sie stellt einen Jungen dar, der sich schützend vor seine Schwester stellt.

Hinter diesem Kunstwerk steht eine wahre, tragische Geschichte. Lassen Sie mich ein wenig davon erzählen.

Es geschah 2014 in der Ortschaft Butkevich in der Region Luhansk. Die Ortschaft stand unter ukrainischem Artilleriebeschuss. Eine Familie, zwei Kinder und ihre Mutter, überquerten eine Straße, als etwas an ihren Köpfen vorbeizischte. Jemand schrie: „Runter auf den Boden!“ Der dreizehnjährige Kirill benutzte seinen eigenen Körper als Schutzschild, um seine kleine Schwester zu schützen. Dann zerbarst die Welt in Explosionen. Kirill rettete ihr das Leben, wurde jedoch von vielen Metallsplintern getroffen, die ihn das Leben kosteten...

Die Geschichte inspirierte eine russische Schülerin. Ihre Zeichnung gewann einen Wettbewerb und diente als Vorlage für die Skulptur. Zusammen mit ihren Klassenkameraden und deutschen Schülern schuf das Team ein Buch mit Kurzgeschichten zum Thema Glück...

Dies ist eine der Geschichten, die in der Allee der Engel begraben liegt.

Andere Geschichten erzählen von getöteten Lehrern und von hunderten zerstörten Schulen und Krankenhäusern.

Beim jährlichen Gedenken an die „Engel“ steigen tausende Ballons und brennende Kerzen in den Himmel über Donezk, Luhansk und anderen Regionen auf.

Heute gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, dass Tugendhaftigkeit und Weisheit bald siegen werden...

**Daten des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zufolge wurden im Donbass seit 2014 über 3 000 Zivilisten, einschließlich Kindern, getötet.*

Mariela Baeva

COOPERATION WITH THE EP

ZUSAMMENARBEIT MIT EHEMALIGEN MDEP: DIE DIENSTSTELLE GESCHICHTE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Historische Erfahrungen und Erinnerungen können einen mächtigen Einfluss auf Menschen und Länder haben, einschließlich ihrer Haltung zu Krieg und Frieden oder zur europäischen Integration. So hat der russische Präsident Wladimir Putin ein bizarres Narrativ über Russlands Bestimmung als Großmacht und seine eigene Rolle bei der Wiederherstellung des Reiches von Peter dem Großen konstruiert und als ersten Schritt auf dem Weg zu seinem Ziel einen furchtbaren Angriffskrieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen. Gleichzeitig haben viele Wähler beim Brexit-Referendum von 2016 daran geglaubt, dass mit dem Austritt aus der Europäischen Union die britische Bulldogge endlich von der Leine gelassen würde, um Großes vollbringen und das Land in ein „globales Großbritannien“ oder gar eine „Empire 2.0“ verwandeln zu können.

Beide Beispiele machen deutlich, dass fundierte historische Kenntnisse erforderlich sind, um ebenso fundierte Entscheidungen über unsere Gegenwart und Zukunft treffen zu können. Dies gilt auch für

das Europäische Parlament und die Europäische Union im Allgemeinen. Die jüngste Einrichtung der Dienststelle Geschichte des Europäischen Parlaments (EPHS) hat zum Ziel, dieses historische Wissen innerhalb des Parlaments zu vertiefen und es auf sinnvolle Weise mit aktuellen politischen und strategischen Themen zu verknüpfen. Sie ist im Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) beheimatet und wird in Teilzeit von Professor Wolfram Kaiser geleitet. Er untersteht dem Generaldirektor des EPRS und wird ein kleines Team von zunächst drei Vollzeitbediensteten koordinieren, das in der zweiten Hälfte dieses Jahres gebildet werden soll.

Der Auftrag der EPHS besteht darin, Untersuchungen zur Geschichte des EP, der nationalen Parlamente und der transnationalen Demokratie aus einer interdisziplinären historischen Perspektive bis zum heutigen Tag durchzuführen, zu koordinieren und in Auftrag zu geben. Die neue Dienststelle wird auch Einrichtungen und Projekte des EP wie das Haus der Europäischen Geschichte und das Netz der Häuser großer Europäer unterstützen. Die EPHS wird ein akademisches Netzwerk einrichten, damit die Forschungskapazitäten in diesem Bereich verbessert werden. Außerdem wird sie Studien und Informationsschriften zu verschiedenen Aspekten der Geschichte der europäischen Integration und zur besonderen Rolle des Europäischen Parlaments erstellen. Die Dienststelle nahm ihre Tätigkeit im vergangenen Juli auf, und zwar mit der Erstellung einer Informationsschrift über die Debatte des EP zur Zukunft des postsowjetischen Raums nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion im Jahr 1991 als Hintergrundinformationen für die Probleme, die mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine entstanden sind. Später wird die EPHS den Bürgern auch eine Vielzahl von Multimedia-Inhalten über die Geschichte des EP, seine interne politische Dynamik und seine Rolle bei der Politikgestaltung bereitstellen.

Die EPHS möchte bei der Rekonstruktion der Geschichte des EP eng mit derzeitigen und ehemaligen MdEP aller Fraktionen zusammenarbeiten. In diesem Sinne werden sich Mitarbeiter der EPHS und externe Verfasser an ehemalige MdEP wenden, damit sie sie bei ihren Studien unterstützen, und sie würden es sehr begrüßen, wenn sich diese an Veranstaltungen vor Ort oder im Internet und an der Erstellung von Inhalten wie Podcasts oder Kurzvideos beteiligen könnten. Die EPHS wird zudem Veranstaltungen organisieren, um das politische Leben und die Beiträge ehemaliger EP-Präsidenten zu erörtern, wobei die erste dieser Veranstaltung Lord Plumb gewidmet sein wird, EP-Präsident von 1987 bis 1989 und Gründungspräsident des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Wolfram Kaiser, Professor für europäische Studien an der Universität Portsmouth, Vereinigtes Königreich, und Gastprofessor am Europakolleg in Brügge, Belgien, leitet die EPHS mit einer Halbtagsstelle. Er hat sehr viel über die Geschichte der europäischen Integration und das Parlament veröffentlicht, darunter „Shaping European Union: The European Parliament and Institutional Reform 1979-1989“ (EPRS 2018), „Writing the Rules for Europe – Experts, Cartels, and International Organizations“ (mit J. Schot, Palgrave 2014), „Exhibiting Europe in Museums – Transnational Networks, Collections, Narratives, and Representations“ (mit S. Krankenhagen and K. Poehls, Berghahn 2014), „Christian Democracy and the Origins of European Union“ (CUP 2007), und „Using Europe, Abusing the European – Britain and European Integration, 1945-63“ (Palgrave 1999).

Wolfram Kaiser

FORMER MEMBERS NETWORK

FP-AP ANNUAL MEETING IN HELSINKI

Um den Wert der Treffen ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments in Helsinki vom 16. bis 18. Juni zu würdigen, ist es wichtig zu wissen, wie die beiden Organisationen strukturiert sind, zu denen sich die beiden Kategorien gewählter Vertreter zusammengeschlossen haben und die in den letzten Jahren tätig waren. Die ältere Organisation vereint die ehemaligen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Diese waren Parlamentarier in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder Senatoren der einzelnen 47 Mitgliedstaaten, die den Europarat bildeten. Der Europarat wurde 1949 mit anfänglich zehn Vertragsstaaten gegründet und wuchs auf schließlich 47 Mitgliedstaaten an. Die Mitglieder der nationalen Parlamente dieser Länder bilden die Parlamentarische Versammlung, und alle, auf die dies bis dato zutraf, können sich der Organisation ehemaliger Parlamentsmitglieder des Organs anschließen.

Außerdem gibt es den Verein, die parallel dazu und im Rahmen des Europäischen Parlaments die ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments vereint, d. h. diejenigen, die Wahl für Wahl die parlamentarische Dimension der Europäischen Union bildeten. Mit Voranschreiten des EU-Erweiterungsprozesses vertraten sie immer mehr Länder, bis die derzeit 26 Mitgliedstaaten erreicht waren. Bis zum Brexit, dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union, war es sogar ein Staat mehr. Natürlich bleiben die ehemaligen britischen Abgeordneten, die früher von Rechts wegen Mitglieder des Europäischen Parlaments waren, auch weiterhin ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments und handeln als Mitglieder des entsprechenden Vereins.

Diese Erklärungen vorausgeschickt, möchte ich nun von der jüngsten Versammlung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments berichten, die vor einigen Tagen im Parlament in Helsinki (Finnland) stattfand. Grundsätzlich handelte es sich um zwei Hauptorgane der Vereinigung ehemaliger Mitglieder der Versammlung des Europarates: die Versammlung und das Leitungsorgan der Organisation. Für dieses Treffen benannte der Verein ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu dessen Vorsitzenden ich gehöre, mich als Teilnehmer. Das Treffen war sehr interessant, und es wurde eine Reihe wichtiger Aspekte angesprochen, auf die ich nachfolgend eingehen möchte. Wichtig ist, dass der Verein ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, den ich vertrete, eine dauerhafte Position in den Strukturen der parallelen Vereinigung hat, und in dieser Funktion kamen wir in Helsinki zusammen.

Zu den dringlichsten Themen des Treffens gehörte der Abschluss des Mandats des schwedischen Kollegen Rune Rydén, des Präsidenten der dort versammelten Organisation. Im Werdegang dieses Freundes gab es eine besondere Situation, und sein ordentliches Mandat mit einer Dauer von zwei Jahren war vor Monaten, mitten in der Pandemie, ausgelaufen, weshalb die satzungsgemäße Nachfolge nicht möglich war. Ohne die erforderliche Versammlung war es am vernünftigsten, das Mandat von Präsident Rydén für einen weiteren ordentlichen Zeitraum von zwei Jahren zu verlängern. In Helsinki wurde das Mandat von Rune Rydén in jedem Fall als erfüllt angesehen, und die Versammlung musste bestimmen, wer als sein Nachfolger für die neue Amtszeit an die Spitze der Vereinigung treten sollte. Zwei Kandidaten stellten sich zur Wahl: Jean Pierre Fourré, ein sozialistischer Abgeordneter aus Frankreich, und der konservative Österreicher Walter Schwimmer. Beide Kandidaten erhielten bei der Wahl dieselbe Anzahl an Stimmen. Daraufhin stellte sich ein ernstzunehmendes Problem, als in der Versammlung vorgeschlagen wurde, das Los entscheiden zu lassen, wer von beiden gewählt wird und wer ausscheidet. Glücklicherweise wurde jedoch eine andere Vorgehensweise gewählt, die meiner Meinung nach vernünftiger war: Es wurde so ausgelost, dass beide Kandidaten sich das zweijährige Amt teilen, einer im Jahr 2022/2023 und der andere 2023/2024. Darüber hinaus wurde ein weiteres Problem gelöst: Es musste auch ein Vizepräsident gewählt werden, und der italienische Bewerber hatte seine Kandidatur zurückgezogen. Daraufhin wurde beschlossen,

dass im ersten Jahr Jean Pierre Fourré als Präsident und Walter Schwimmer als Vizepräsident fungieren sollte. Im zweiten Jahr würden die beiden dann die Posten tauschen.

Ein anderes wichtiges Thema bei dem Treffen in Helsinki war die Diskussion über das seinerzeit als „Finnlandisierung“ bekannte Phänomen, also das Verhalten Finnlands, das immer mit erheblichem Druck seitens seiner beiden Nachbarländer Schweden und insbesondere Russland (d. h. mehrere Jahrzehnte lang seitens der ehemaligen Sowjetunion) konfrontiert war. Hochqualifizierte Sachverständige ergriffen das Wort, und ich selbst stellte heraus, dass der Begriff der „Finnlandisierung“ während des Kalten Krieges ein etwas unsympathischer Appell an Finnland war, da dem Land vorgeworfen wurde, sich von Russland zu distanzieren, um seine Identität und auch die demokratischen Normen der westlichen Länder zu wahren, die es seit seiner Unabhängigkeit innehatte.

Ein weiteres wichtiges Diskussionsthema war die Analyse des Antrags Finnlands auf Beitritt zur NATO, und das trotz der vielen Jahre, in denen es sich politisch betrachtet durch seine Neutralität auszeichnete. Die Last der Invasion der Ukraine durch Russland stellte einen enormen Druck dar, und in der Diskussion, die sich entspannte, wurde deutlich, dass die meisten Anwesenden Verständnis dafür hatten, dass Finnland Maßnahmen treffen will – ja, fast treffen muss –, um für seine Sicherheit gegenüber einem derart mächtigen Nachbarn zu sorgen, der zu Handlungen fähig ist, die niemand geahnt hatte.

Ebenfalls ein bewegender Moment bei dem Treffen in Helsinki war, mit welcher Einstimmigkeit die Vertreter der Vereinigungen ehemaliger Parlamentsmitglieder auftraten, als es um unsere deutsche Kollegin Brigitte Langenhagen ging, die sich nach langen Jahren als Vertreterin unseres Vereins ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht wieder zur Wahl aufstellen ließ.

Ein weiteres bedeutsames Kapitel unseres Aufenthalts in Finnland war der Ausflug zur Insel Suomenlinna. Dort konnten wir vor Ort sehr viel über die Geschichte des Landes lernen, u. a. über die ständigen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, dass Finnland immer mit den Spannungen zwischen zwei so mächtigen und häufig so virulenten Nachbarn wie Schweden und Russland zu kämpfen hat.

Miguel Angel Martínez Martínez

PROGRAMM EP TO CAMPUS

VERORDNUNG DER EU ÜBER EINEN RAHMEN ZUR ERLEICHTERUNG NACHHALTIGER INVESTITIONEN

Am 20. April 2022 hatte ich Gelegenheit, an der Universität Illinois in Urbana-Champaign eine Vorlesung zu halten.

Sie war Teil einer Veranstaltungsreihe, die vom Institut für Anthropologie der Hochschule organisiert wird. Die Universität wurde 1867 mit damals lediglich 77 Studierenden gegründet. Heute ist die Universität Illinois mit mehr als 56 000 eingeschriebenen Studierenden eine der größten öffentlichen Universitäten der Vereinigten Staaten.

Aufgrund der Pandemie fanden die Vorlesungen online statt. Dieses Format war angesichts der derzeitigen Lage notwendig. Es sollte jedoch eine Ausnahme bleiben, da die Diskussion online weniger lebhaft ausfällt.

Sie verlief jedoch trotz der bedauernswerten Umstände gut.

Professor Jonathan Larson, der die Reihe organisiert, eröffnete die Veranstaltung und stellte den Referenten vor. Der Professor hatte mich in der Vorbereitungsphase gebeten, mich auf den europäischen Grünen Deal zu konzentrieren. Da ich Mitglied des ECON-Ausschusses war, der über den EU-Bericht 2020/852 abgestimmt hat,

hatte ich mich für den obigen Titel entschieden.

Gemäß dem Format war eine 30-minütige Einleitung vorgesehen. Zunächst beschrieb ich die Aufgaben und Herausforderungen einer europäischen Strategie, die auf den im Übereinkommen von Paris eingegangenen Verpflichtungen beruht. Außerdem erläuterte ich das Gesetzgebungsverfahren, das von der Kommission mit der Einrichtung einer hochrangigen Expertengruppe eingeleitet wird.

Ich erörterte die Geschichte dieses Legislativvorhabens nach dem Bericht dieser Gruppe. Ich informierte die Studierenden über die lebhaften Debatten in unserem Ausschuss und in meiner eigenen Gruppe über den Vorschlag der Kommission und die kontroverse Abstimmung im ECON-Ausschuss oder im Plenum. Als Rechtsanwalt machte ich die Zuhörenden auch mit der Bestimmung des Vertrags von Lissabon vertraut, wonach für die Annahme einer europäischen Rechtsvorschrift eine verfassungsmäßige Grundlage erforderlich ist. Aus dem Vertrag ergibt sich, dass die hier anwendbare Grundlage Artikel 114 war. Ferner stellte ich die Frage, ob alle Bestimmungen der Verordnung (EU) 2020/852 im Einklang mit den Bestimmungen des AEUV stehen. In erster Linie wurde Artikel 1 der Verordnung (EU) 2020/852 unter Bezugnahme auf Artikel 5 EUV, d. h. den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, geprüft. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob die Bestimmung wirklich notwendig ist.

Ebenso verwies ich auf die Wirtschaftstheorie der Kuznets-Kurve.

Die Kuznets-Kurve ist Ausdruck einer Hypothese des Wirtschaftswissenschaftlers Simon Kuznets in den 1950er- und 1960er-Jahren. Diese Theorie besagt, dass ökonomische Ungleichheit während der Entwicklung eines Landes zunächst ansteigt und danach abfällt.

Die Umweltkurve von Kuznets (EKC) ist ein hypothetischer Zusammenhang zwischen Umweltqualität und wirtschaftlicher Entwicklung: Verschiedene Indikatoren für Umweltschäden nehmen tendenziell zu, wenn das moderne Wirtschaftswachstum eintritt, bis das Durchschnittseinkommen in der

Entwicklung einen gewissen Punkt erreicht. Die EKC lässt zusammenfassend vermuten, dass die Lösung für die Verschmutzung das Wirtschaftswachstum ist.

Stefan Gehrold

AUFBAU VON RESILIENZ ALS EUROPÄERINNEN UND EUROPÄER

Im Rahmen des FMA-Campus-Programms wurde ich eingeladen, bei einer Konferenz an der Universidad de Deusto in Bilbao einen Vortrag darüber zu halten, wie die EU Resilienz aufbaut. Bilbao ist eine der kreativsten Städte der Welt, und auch die Universidad de Deusto besitzt einen hohen Stellenwert unter den europäischen Universitäten.

Nach der COVID-19-Pandemie muss die EU widerstandsfähiger, digitaler, nachhaltiger und grüner werden. Dabei wird die europäische Lebensweise in hohem Maße von folgenden Faktoren betroffen sein: Erholung von der Pandemie, Ukraine-Krieg, Preissteigerungen und Energiemangel, gestörte Lieferketten im Lebensmittelbereich und Klimawandel.

Wie bereits Jean Monnet sagte, ist jede Herausforderung eine neue Chance für Entwicklung, und somit erweist sich die Zeit nach der Pandemie als neue Chance.

Nach der COVID-19-Pandemie und erneuten Lockdowns in China sowie im Zuge des Ukraine-Kriegs ist die Inflation weltweit auf 6 % gestiegen, und das Wachstum liegt bei 3 %. Das größte Problem in der EU bilden die hohen Energiepreise, die andauern werden. Das Wachstum geht zurück und die Inflation steigt. Dies kann problematisch für Firmen, Unternehmer und Mittelschichtshaushalte sein.

Vor einigen Jahren waren wir mit unserer Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments (FMA) zu Besuch in Georgien. Damals konnten wir die Folgen der russischen Besatzung in Ossetien und Abchasien erleben. Aufgrund dieser Erfahrungen ist uns bewusst, dass die Ukraine heute um ihre Demokratie und ihr Land kämpft, aber zugleich auch das Tor zur EU schützt. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die EU heute vor dem Hintergrund des geschlossenen Vorgehens in Bezug auf den Ukraine-Krieg stärker geworden.

Vor der Pandemie war die Rolle der EU in Fragen der öffentlichen Gesundheit sehr begrenzt. Die schwerwiegendsten Folgen der Pandemie waren die Einschränkungen der Freizügigkeit, von Zusammenkünften und der physischen Präsenz in Schulen und Universitäten. Nach der ersten Phase wendete das ECDC einen Lessons-Learned-Ansatz aus der COVID-19-Pandemie an, und die EU begann, eine aktivere Rolle zu spielen. So wurde die Europäische Gesundheitsunion ins Leben gerufen, die Behörden werden anhand wissenschaftlich fundierter Leitlinien beraten, eine weltweite Partnerschaft zur Entwicklung von Impfstoffen wurde aufgebaut und die Kommunikation und Koordinierung verbessert.

Die Eindämmungsmaßnahmen gegen das Virus und der Krieg in der Ukraine haben eine Schockwirkung auf die Lieferketten im Lebensmittelbereich. Die EU hat die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem aufgestellt, die Teil des Europäischen Grünen Deals ist.

Die EU ist Nettoimporteur von Energie, und ihre Abhängigkeit im Bereich der fossilen Energieträger wächst. Wir sind nicht grün, und die Folgen davon sind der Klimawandel und Wetterextreme.

Um die Energieabhängigkeit zu verringern, muss die EU für eine digitale Transformation und für Cybersicherheit sorgen, den Energieverbrauch senken, in erneuerbare Quellen investieren sowie das Bewusstsein schaffen für eine gesunde und andere Lebensweise, eine andere Ernährung, eine intensivere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, weniger Privatfahrzeuge und mehr Fahrräder auf den Straßen usw.

Eine Mehrheit der Europäerinnen und Europäer ist sich einig, dass mehr dafür getan werden sollte, die Stimmen der Unionsbürger zu berücksichtigen, wenn es um Entscheidungen über die Zukunft Europas geht.

Gerade junge Leute äußerten, dass mehr Wissen in Bezug auf die EU wichtig für künftige Wahlen ist, damit junge Menschen wirklich daran glauben, dass jede Stimme zählt.

Wie Mahatma Gandhi einst sagte, ist es nicht möglich, die Jugend mit Worten zu bilden, sondern durch die Art, wie wir leben, und durch unser eigenes Vorbild.

Zofija Mazej Kukovič

IST FÖDERALISMUS EINE CHANCE FÜR EUROPA? - REDE ANLÄSSLICH DES EUROPAFESTES AM 18. MAI 2022 IN L'ISLE-ADAM (FRANKREICH)

Die Antwort auf die so gestellte Frage lautet schlicht und einfach: nein. Das politische Europa, dessen Aufbau vor mehr als siebenzig Jahren begann, ist eine neue, beispiellose Rechtspersönlichkeit. Seine institutionelle Architektur entspricht der eines Bundesstaats, insbesondere mit einem Zweikammerparlament, in dem einerseits die Bürger und andererseits die Gliedstaaten der Union (Regionen, Provinzen, amerikanische „Bundesstaaten“) vertreten sind. Der klassische Föderalismus zielt jedoch auf die Gestaltung eines einzigen Nationalstaats ab. Sein Ziel ist es, die nationale politische Einheit mit der Dezentralisierung seiner Verwaltung zu verbinden. Die Union umfasst derzeit 27 Nationen, die alle ihre Unabhängigkeit und Identität entschlossen verteidigen; sie zielt darauf ab, die Einheit des kollektiven Handelns und die Vielfalt der Mitgliedsländer in Einklang zu bringen.

Ein weiterer großer Unterschied betrifft die Kompetenzen, die auf die höhere Ebene übertragen werden. Während Außenpolitik und Verteidigungspolitik gewöhnlich zuerst der jeweiligen Föderation übertragen werden, bleiben diese Verantwortlichkeiten, die für die nationalen Identitäten konstitutiv sind, hauptsächlich auf der Ebene der Mitgliedsstaaten. Aus demselben Grund verhält es sich mit Bildung und Kultur ähnlich. Da alle Maßnahmen im Bereich der sozialen Gerechtigkeit (Umverteilung zwischen Reich und Arm, zwischen jungen und älteren Menschen, zwischen kranken und gesunden Menschen) ebenfalls in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, arbeitet die EU mit einem kärglichen Haushalt von 1 % des BIP: Dieser Riese auf dem Gebiet der Rechtssetzung ist haushaltspolitisch ein Zwerg. Im Zuge der durch die Pandemie verursachten Wirtschaftskrise wurde begonnen, mit einer großen Anleihe auf die Schließung dieser Lücke hinzuarbeiten. Es wird sich zeigen, ob der Krieg in der Ukraine dazu führt, dass dieser Kurswechsel eine echte Wende darstellt.

In den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas wird eine Änderung der Verträge empfohlen. Unter dem Druck der Ereignisse bleibt keine Zeit dafür, doch der Vertrag von Lissabon, dessen Potenzial bei Weitem noch nicht ausgeschöpft wurde, umfasst zumindest einen wertvollen behelfsmäßigen Werkzeugkasten. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit ermöglicht es denjenigen Staaten, die bereit sind, das Erfordernis der Einstimmigkeit in Bereichen, die sie für

vorrangig halten, aufzugeben, dies zu tun, ohne auf die anderen zu warten. Frankreich ist nun das einzige EU-Land, das Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist: Was hindert es daran, zu beschließen, dass es künftig von Fall zu Fall im Einklang mit der Mehrheit seiner EU-Partner abstimmt? Das durch den Vertrag von Lissabon eingeführte echte parlamentarische System ermöglicht die demokratische Wahl des Kommissionspräsidenten durch die Wahl zum Europäischen Parlament, ohne dass dafür ein einziges Komma im Vertrag geändert werden muss: Hierzu gehört, dass der Europäische Rat als eine Art kollektives Staatsoberhaupt fungiert, das auf der Grundlage der Ergebnisse der Parlamentswahlen die Führungspersönlichkeit vorschlägt, die in der Lage ist, sich für die Dauer des Mandats die Unterstützung einer Mehrheit (in der Praxis eine Mehrheitskoalition) zu sichern. Wenn alle europäischen politischen Familien im Voraus ihre Kandidaten nominieren, wird der Wahlsieger den gleichen Bekanntheitsgrad und vor allem die gleiche Legitimität wie alle Regierungschefs unserer europäischen Partner haben. Schließlich hat ein regelrechter Kraftakt begonnen, um die Union mit den Eigenmitteln auszustatten, die sie benötigt, um die ständig wachsenden Verantwortlichkeiten, die ihr übertragen werden, zu finanzieren.

Alain Lamassoure

DIE EUROPÄISCHE KLIMAPOLITIK UND DER EU-RAHMEN ZUR STÄRKUNG DES RECHTSSTAATSPRINZIPS

Treffen mit Studierenden der Zeppelin Universität Friedrichshafen und der Wirtschaftshochschule Izmir

Es war eine vierfache Herausforderung: zwei Universitäten und zwei zu erörternde Themen in nur einer Veranstaltung. Effizienz hieß das Motto, um das Meiste aus dieser zweistündigen Sitzung am Vormittag des 5. Mai herauszuholen. Schon der Rahmen war spannend: Vor Studierenden aus zwei Ländern mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Erfahrungen zu sprechen, ist an sich schon eine Herausforderung. Zwei Themen zu diskutieren, zwischen denen es keine offenkundige Verbindung zu geben scheint, die durch die aktuelle historische Realität des Krieges in der Ukraine und die Sanktionspolitik der EU nun aber trotzdem verknüpft sind, hat das Ganze allerdings noch einmal spannender gemacht. Die Themen wurden in zwei aufeinanderfolgenden Diskussionsrunden erörtert: Zunächst sprachen wir eine Stunde lang über die Klimapolitik der EU, um uns anschließend mit dem Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips, genauer mit der Lage und den möglichen Ergebnissen in Ungarn zu beschäftigen.

Die Klimadiskussion begann mit einer Einführung in aktuelle Fakten zum Klimawandel, gefolgt von einer Zusammenfassung der Politik der EU in diesem Bereich mit einem kurzen Rückblick in die Geschichte und einer anschließenden eingehenderen Analyse der aktuell zur Debatte stehenden Strategien, einschließlich des europäischen Grünen Deals und des Pakets „Fit für 55“. Die Studierenden und Professor Bürgin nahmen ebenfalls aktiv an der Diskussion teil und stellten ausgezeichnete Fragen zu den intrainstitutionellen Dynamiken bei den Verhandlungen zur Klimapolitik sowie zu den diesbezüglichen Konflikten und Fronten zwischen den Organen, den Mitgliedstaaten und den Fraktionen. Bei dem lebhaften Dialog wurden die sozialen Aspekte des Klimawandels und die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine auf die Klimaanstrengungen der EU angesprochen und es wurde gefragt, welches die schwierigsten klimapolitischen Bereiche seien (meine Antwort waren die Bereiche Verkehr und Landwirtschaft, wobei beim Thema Energiemärkte

oder beim Bausektor ebenfalls noch viel zu tun ist). Die Diskussion endete kaum als die für die erste Diskussionsrunde vorgesehene Stunde abgelaufen war.

Bei der Diskussionsrunde zur Rechtsstaatlichkeit ging es in erster Linie um den Fall Ungarn, es wurden aber auch die systemischen Schwachstellen im institutionellen Umfeld und im Rechtsrahmen der EU beim Umgang mit demokratischen Defiziten in den Mitgliedstaaten im Allgemeinen angesprochen. Wir sprachen über den allmählichen Prozess der Entdemokratisierung in Ungarn seit 2010, über die Gründe für das Ausbleiben einer wirksamen Reaktion der EU auf die offensichtlichen Probleme (die von begrenzten Instrumenten und Befugnissen bis hin zu politischen Spielen der PPE und der deutschen CDU/CSU reichen) und über die Entstehung des Vorschlags zur Konditionalität der Rechtsstaatlichkeit und den steinigen Weg bis zu seiner Annahme, seinem Inkrafttreten und seiner Anwendung. Natürlich ging es bei der Diskussion auch um die aktuelle Situation und die Konflikte zwischen der Europäischen Kommission und der ungarischen Regierung sowie um mögliche düstere Ergebnisse dieses Kräftemessens. Wir kamen gemeinsam zu dem Schluss, dass es bei dem Ringen zwischen den EU-Organen und Ministerpräsident Orbán nicht nur um Ungarn geht: Es geht mindestens im gleichen Maße darum, an welche Art Europa wir glauben: an eine einfache wirtschaftliche Zusammenarbeit und einen Binnenmarkt oder an ein auf grundlegenden Werten, Prinzipien und Rechten basierendes politisches Projekt zur Schaffung einer europäischen politischen Gemeinschaft.

Benedek Jávor

FMA ANNUAL MEETING

KLAUS HÄNSCH ZUM NEUEN VORSITZENDEN DES VEM GEWÄHLT

Am 2. Juni wählte die Hauptversammlung in Brüssel Klaus Hänsch zum neuen Vorsitzenden des VEM.

Dem ehemaligen Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering wurde für sein außerordentliches Engagement für den Verein der ehemaligen Mitglieder in den letzten Jahren große Anerkennung ausgesprochen.

Viele Mitglieder verfolgten bereits am 1. Juni die Debatte in der Bibliothek des Europäischen Parlaments zu dem Thema „Die Zukunft Europas aus heutiger Sicht: zentrale Fragen vor und nach der Konferenz“. Mitglieder des Europäischen Parlaments verschiedener Fraktionen äußerten die Erwartung, dass der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der EU fortgesetzt wird und dass ihre Empfehlungen, unabhängig davon, ob der Vertrag von Lissabon geändert wird, im Rahmen von konkreten EU-Maßnahmen umgesetzt werden.

Im Anschluss fand im Plenarsaal eine sehr emotionale Gedenkfeier für 47 ehemalige Mitglieder statt, die 2021 und 2022 verstorben waren, darunter die ehemaligen Präsidenten des Parlaments David Maria Sassoli und Lord Henry Plumb.

Das Abendessen mit Diskussion im Empfangsraum der Präsidentin wurde mit einer inspirierenden Rede von Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, zu dem Thema „Krieg in der Ukraine – das folgenschwerste Ereignis des 21. Jahrhunderts“ eröffnet. Dieser Krieg ist ein augenöffnender Weckruf für alle Demokratien in der ganzen Welt. Die EU muss sich solidarisch zeigen und klar und bestimmt reagieren.

Schließlich wählte die Jahreshauptversammlung Monica Baldi, Edward McMillan Scott, Jean-Pierre Audy, Klaus Hänsch und Paul Rübig zu ihrem Vorstand. Alle Teilnehmenden kamen überein, dass die wertvollen Programme und Aktivitäten des Vereins in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und vertieft werden sollten.

Jo Leinen

BOOK REVIEW

„THE EUROPEAN UNION:HOW DOES IT WORK?“ (DIE EUROPÄISCHE UNION: WIE FUNKTIONIERT SIE?)

6. Auflage

Autoren Daniel Kenealy, Amelia Hadfield, Richard Corbett, John Peterson

Oxford University Press 2022

Der Wandel als Konstante und das Gefühl, dass die EU ein experimentelles System ist, das sich ständig in Bewegung befindet, sind die Eckpfeiler dieses hervorragenden Buches in sechster Auflage, der, wie die EU selbst, auf dem Erbe der Vorläufer aufbaut, in diesem Fall auf den ersten fünf Auflagen mit deren Verfassern und Herausgebern.

Ich habe mein Arbeitsleben vor mehreren Jahrzehnten als junge Wissenschaftlerin begonnen und unterrichtete damals an der heutigen Universität Limerick im Rahmen des ersten Bachelorstudiums für Europastudien in Irland. So wie der Wandel eine Konstante ist, so galt das auch für die Suche nach guten Lehrbüchern. Alle, die daran interessiert sind, zu verstehen, wie die EU funktioniert, brauchen nicht weiter zu suchen, denn dies ist das Buch, das sie brauchen. Es handelt sich weder um eine Bettlektüre, noch sollte es eine solche sein, da es sich an Studenten und neugierige Leser richtet, die einen tieferen Einblick gewinnen möchten. Als Ganzes oder in Teilen betrachtet handelt es sich um ein Nachschlagewerk der Spitzenklasse. Zusätzlich zu dem angesprochenen wissenschaftlichen Zielpublikum verdient es einen Platz im Regal jedes öffentlichen oder privaten Büros, in dem es darauf ankommt, die EU zu verstehen.

Der 277 Seiten umfassende Band ist in vier Teile gegliedert und enthält eine Einleitung zur EU, Kapitel zu ihrer Funktionsweise, ihren Aufgaben und ihrer Entwicklung, ergänzt durch leicht verständliche Zusammenfassungen, hilfreiche inhaltliche Schwerpunkte, Fragen zur Diskussion, Literaturempfehlungen, Weblinks und ein Glossar. Dieses Buch ist eine gelungene Mischung aus einer übersichtlichen Darstellung, Präzision und Fachwissen, die Fachleuten und Laien gleichermaßen einen Erkenntnisgewinn verschafft.

Mein eigenes Leben war und ist vor, während und nach meinen Jahren im Europäischen Parlament vom Engagement für die EU durchdrungen. Als eine Person, die über eine langjährige praktische Erfahrung verfügt und die mit der EU und ihrer Funktionsweise vertraut ist, hat mich in diesem Buch besonders die intuitive Plausibilität angesprochen, mit der nicht nur die Mechanismen der EU, ihre

Institutionen und Verfahren, sondern auch ihre Dynamik und vielschichtige Komplexität beschrieben werden.

Es gibt viele empirische wissenschaftliche Theorien zur Arbeitsweise der EU, die mundgerecht in kleinen Häppchen präsentiert werden, um den Appetit derjenigen anzuregen, die mehr wissen möchten. Im Buch werden diese Theorien vorgestellt, ohne dass einer Theorie Vorzug gegeben würde, da es keine Theorie gibt, die EU allein vollständig erklären kann. Das Aufkommen der Identitätspolitik und des Euroskeptizismus wird als Teil des komplexen politischen Gefüges anerkannt, das die EU im Kontinuum zwischen den Konzepten der Demokratie und der Legitimität sowohl belebt als auch hemmt.

Es handelt sich um ein Buch über die EU-Integration, liefert aber auch eine umfassende Analyse der Auswirkungen des Brexits, der ein erster Schritt der Desintegration ist. Die seit dem Vertrag von Maastricht wachsende Rolle und der zunehmende Einfluss des Europäischen Rates bei Entscheidungsfindungen wird ebenfalls erläutert. Als künftige Herausforderungen werden unter anderem der Klimawandel und die Beziehungen zu China genannt. Abschließend wird auf eine weitere Station in der Geschichte der EU-Integration eingegangen – die Konferenz über die Zukunft Europas – und auf die Stärken und Schwächen der EU in Bezug auf ihre Reichweite und ihre Fähigkeit als Akteur, die gewünschten Ziele zu erreichen, aufmerksam gemacht.

Es ist immer noch etwas Wahres an der Feststellung von Schuman und Monnet, dass „Europa durch seine Krisen gemacht werden wird“. In dem Buch wurden die zahlreichen Krisen des letzten Jahrzehnts und darüber hinaus aufgezählt. Da es vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine veröffentlicht wurde, wird dies ein zukünftiges Kapitel werden, in dem aber die Entschlossenheit der EU behandelt wird, konsequent und schnell zu handeln und dabei ihre altbekannte Behändigkeit zu überwinden, da sie sich in diesen Tagen bei vielen Fragen einigen konnte, denen sie und ihre Mitgliedstaaten jahrzehntelang ausgewichen waren. Mit den Weblinks werden zwischenzeitliche Aktualisierungen dieser lohnenswerten 6. Auflage ermöglicht, bevor dann später sicherlich und verdientermaßen eine siebte Fassung nachfolgen wird.

Pat Cox

FOCUS: FREEDOM OF PRESS AND THE MURDER OF JOURNALISTS

„JOURNALISTEN SEHEN SICH BEI DER ARBEIT IN EINEM UMFELD, DAS EINST SICHER WAR, NUN JEDOCH FEINDLICH IST, ZUNEHMENDEN RISIKEN AUSGESETZT“

Von Maja Sever, Präsidentin der Europäischen Journalisten-Föderation, dem Dachverband der Journalistengewerkschaften und -verbände, der mehr als 320 000 Journalisten in 44 europäischen Ländern vertritt.

Sicherheit ist für die Europäische Journalisten-Föderation (EFJ) zu einer der obersten Prioritäten geworden, insbesondere nach beispiellosen Angriffen auf Journalisten und Medienschaffende. Im Rahmen des europaweiten Mechanismus „Media Freedom Rapid Response“, der Verstöße gegen die Medienfreiheit verfolgt, überwacht und darauf reagiert, wurden im Jahr 2021 626 Verstöße in den Mitgliedstaaten und Bewerberländern der Europäischen Union verzeichnet. Von 626 gemeldeten Fällen betrafen 410 physische und psychische Bedrohungen. Vergangenes Jahr kamen in Europa sechs Journalisten ums Leben, dieses Jahr 13, zwölf davon in der Ukraine. Sicherheit gilt seit mehreren Jahren als eines der größten Probleme für europäische Journalisten. Sie ist nun fester Bestandteil des Arbeitsprogramms des Verbands. Als Vertreterin der Gewerkschaft war ich Zeugin organisierter Verleumdungskampagnen gegen Journalisten, riet Kollegen und Redakteuren, tätliche Angriffe zu melden, und beteiligte mich an Gesprächen mit der Polizei über die Einrichtung eines Systems zum Schutz von Journalisten.

In Europa gibt es kein Land, in dem Journalisten nicht angegriffen werden und ihre Sicherheit nicht gefährdet ist. Online waren fast alle Journalisten Drohungen gegen ihre Sicherheit ausgesetzt. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Journalisten, auf ihre Arbeitsbedingungen und letztlich auf die Qualität der Informationen. Unsere Mitglieder sind mit der Empfehlung der Europäischen Union zum Schutz, zur Sicherheit und zur Handlungskompetenz von Journalisten durchaus vertraut. Auf einzelstaatlicher Ebene werden Pläne entwickelt, um die Sicherheit in der realen und in der virtuellen Welt zu verbessern, auch durch den Dialog mit der Polizei. Die Arbeit von Journalisten ist hochriskant. Allerdings mangelt es in der Öffentlichkeit nach wie vor an Bewusstsein für Bedrohungen und Risiken, Schutzsysteme und strategische Sicherheitsmaßnahmen für Journalisten und Medienschaffende. Dies hat zur Folge, dass sich Journalisten bei der Arbeit in einem Umfeld, das einst sicher war, nun jedoch feindlich ist, zunehmenden Risiken ausgesetzt sehen. Die COVID-19-Pandemie hat erneut gezeigt, wie wichtig die Gesundheit und Sicherheit von Journalisten ist. Aus diesem Grund hat die EIJ ihre Tätigkeiten verstärkt, um Journalisten besser zu schützen.

Mit dem Projekt „Safety4Journalists“ etwa werden Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz durch Schulungen und den sozialen Dialog mit den Arbeitgebern gefördert. Wie können Journalisten in einem digitalen Zeitalter, in dem rund um die Uhr berichtet wird, Beruf und Privatleben miteinander vereinbaren? Wie können Journalistengewerkschaften und Journalistenverbände Arbeitnehmer unterstützen? Wie können stärker schutzbedürftige Arbeitnehmer wie Frauen und freiberufliche Journalisten erreicht werden? Es braucht eine Kultur der Sicherheit in Medienunternehmen und koordinierte Anstrengungen aller Beteiligten. Im Rahmen des Projekts wollen wir Arbeitnehmervertretungen stärken, um Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu fördern, ein universelles Risikobewertungsmodell für Journalisten und Medienunternehmen entwickeln und uns

über bewährte Verfahren aus unterschiedlichen Teilen Europas austauschen. An dem Projekt nehmen fünf nationale Gewerkschaften und Verbände aus folgenden Ländern teil:

Kroatien (Kroatischer Journalisten-Verband, TUCJ), Deutschland (Deutscher Journalisten-Verband, DJV), Frankreich (Französischer Journalisten-Verband SNJ-CGT), Niederlande (Niederländischer Journalisten-Verband, NVJ) und Schweden (Schwedischer Journalisten-Verband, SJF) sowie die jeweiligen nationalen Arbeitgeberverbände.

Die EFJ entwickelt gewerkschaftliche Maßnahmen und Strategien, darunter Schulungen vor Ort, außergewöhnliche praktische Unterstützung, psychologische Unterstützung, Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverbänden und der Polizei, Ausarbeitung von Protokollen, Stärkung der Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs sowie Entwicklung interner Strategien in Medienunternehmen. Der Schutz der Sicherheit von Journalisten ist Teil des Schutzes unserer Arbeitsbedingungen. Daher sollten die Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf einzelstaatlicher Ebene mit den Vertretern der Verleger zum Teil auf Sicherheitsanforderungen, Ressourcen und Strukturen zum Schutz der Sicherheit von Journalisten und Medienschaffenden im Rahmen von Tarifverträgen konzentriert werden. Arbeitgeber haben eine Fürsorgepflicht, d. h. sie müssen die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer schützen. Diese Pflicht ist eine Voraussetzung für die Medienfreiheit.

Wir werden jedenfalls alles in unserer Macht Stehende tun, um ein sicheres Umfeld zu schaffen, Journalistenverbände zu stärken, das Bewusstsein zu schärfen und strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Es ist jedoch ungemein wichtig, die Einstellung der gesamten Gesellschaft zu diesem Problem zu ändern. Dies reicht von der Verurteilung von Angriffen auf Journalisten durch Politik und Öffentlichkeit über effiziente und transparente Ermittlungen in allen Fällen, in denen die Sicherheit von Journalisten gefährdet wird, bis hin zum Ende der Straflosigkeit bei Angriffen auf Journalisten und zur uneingeschränkten Achtung der Arbeit und Sicherheit von Journalisten auf allen Ebenen. Wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen. Journalismus ist ein öffentliches Gut. Als solches müssen wir es bewahren und verteidigen.

Maja Sever

DIE BEDEUTUNG DES JOURNALISMUS

Die jüngsten Ereignisse und die sich verfinsternde Lage im Osten dienen uns als Mahnung: So ist es die Pflicht eines jeden, die Demokratie zu schützen. Nicht zuletzt erinnern sie uns an die wesentliche Rolle des Journalismus bei der Verteidigung der Werte und Grundsätze, die uns am wichtigsten sind.

Erst der Brexit, dann COVID und nun die Ukraine. Das Ausmaß dieser erschütternden Ereignisse hat uns auch vor Augen geführt, dass die Bedeutung freier und fairer Medien in jüngster Zeit vielleicht etwas vernachlässigt oder als selbstverständlich erachtet wurde. Die Arbeit des Europäischen Parlaments spiegelt diese neue Erkenntnis wieder, und zwar sowohl mit Blick auf seine Entschlüsse als auch bei der Tätigkeit seines Sekretariats.

Die Europäische Union ist gleichbedeutend mit Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Werte, auf denen sie beruht, einschließlich der Rede- und Pressefreiheit. Leider sind bei der

Demokratie weltweit Rückschritte zu verzeichnen: Zunehmender Populismus, Desinformation, Einflussnahme auf Wahlen und Krieg haben erneut auf dem europäischen Kontinent Einzug gehalten. Vor diesem Hintergrund ist das Europäische Parlament verpflichtet, für die Demokratie innerhalb seiner Grenzen und darüber hinaus einzutreten.

Ohne unabhängige Medien und freie Journalisten kann die Demokratie nicht überleben. In den letzten Jahren kam es selbst innerhalb der Europäischen Union zu einer Reihe schockierender Angriffe auf die Demokratie, in deren Rahmen gegen die freie Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit verstoßen wurde. Auch wenn es im 21. Jahrhundert schwerfällt, das zu glauben – in Europa wurden Journalisten ermordet, einfach, weil sie ihre Arbeit verrichtet haben. Die jüngsten Ermordungen von Peter de Vries, einem niederländischen Journalisten, Ján Kuciak in der Slowakei, Giorgios Karayvazen in Griechenland oder Daphne Caruana Galizia in Malta sind nur die Spitze des Eisbergs.

Nach einer scharfen Verurteilung des Mords an der Journalistin Daphne Caruana Galizia forderte das Präsidium die Schaffung eines Preises, mit dem der investigative Journalismus in Europa gewürdigt und auf die Bedeutung der Rede- und Pressefreiheit aufmerksam gemacht werden soll. Im nächsten Monat wird das Parlament den Preisträger der zweiten Preisverleihungsrunde bekannt geben.

Andere Angriffe auf die Presse haben zwar glücklicherweise keine so tragischen Folgen auf individueller Ebene, aber sie haben verheerende Folgen für die Allgemeinheit. Der Druck, dem die Medien in bestimmten Mitgliedstaaten ausgesetzt sind, ist ein weiteres unannehmbares Beispiel und ein Gradmesser für den Zustand der Demokratie. Tatsächlich sind Journalisten häufig die ersten, die unter den Folgen einer Schwächung der Grundwerte und Grundrechte leiden. In diesem Zeitalter, das durch Desinformation und Falschmeldungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie destabilisieren, gekennzeichnet ist, muss hochwertiger und seriöser Journalismus gestärkt und verteidigt werden. Ohne Journalismus wird Europa nicht vorankommen, und journalistische Arbeit kann nur im Rahmen der Werte der Europäischen Union sinnvoll erbracht werden.

Die Unterstützung der Medien wird durch konkrete Maßnahmen erreicht. Und zwar an erster Stelle durch die Rechtsvorschriften, die dieses Parlament erlässt. In den letzten Jahren wurden Vorschriften für geistiges Eigentum erlassen, die den Medien dabei helfen, die notwendige wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu erreichen: sie schützen ihre Arbeit und ihre Inhalte vor Diebstahl. Fortschritte wurden auch bei den Datenschutzvorschriften, der Richtlinie über audiovisuelle Medien und durch die Rechtsvorschriften über die Verantwortlichkeit sozialer Medienplattformen bei der Bekämpfung terroristischer Propaganda erzielt.

Das Europäische Parlament arbeitet derzeit im Rechtsausschuss und im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten daran, die Mechanismen gegen missbräuchliche Klagen gegen kritischen Journalismus (SLAPP-Klagen) zu verbessern, und zwar mit einer Verordnung, die in den Europäischen Aktionsplan für Demokratie und den Aktionsplan für Medien einfließen wird. Darüber hinaus überprüfen die MdEP regelmäßig die Standards der Medienfreiheit in der EU und darüber hinaus, wobei sie den Werten, auf denen die EU gründet, etwa der Rechtsstaatlichkeit, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Auch auf praktischer Ebene erleichtern die Kommunikationsdienste des Parlaments die Arbeit der Presse so weit wie möglich. Die Kommunikationsdienste des Europäischen Parlaments stellen Journalisten umfangreiches mehrsprachiges Pressematerial und einen großen Pool von Pressereferenten sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedstaaten sowie Arbeitssäle, Fernseh- und Radiostudios und hochwertiges kostenloses audiovisuelles Material zur Verfügung. Wir sind uns der

wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Verfolgung europäischer Nachrichten, insbesondere in Krisenzeiten, bewusst. Zu diesem Zweck verwaltet das Parlament ein System von Finanzhilfen, die über öffentliche Ausschreibungen an Medien gehen, die ihre Berichterstattung mit Blick auf parlamentarische Nachrichten ausweiten wollen – selbstverständlich unter Wahrung vollständiger Unabhängigkeit und ohne Einflussnahme durch die Pressedienste des Organs. Gleichzeitig pflegen und verstärken die Verbindungsbüros in allen Mitgliedstaaten die Verbindungen zu Journalisten, die unionsweit in Nachrichtenredaktionen arbeiten.

Eine der jüngsten Maßnahmen zur Unterstützung der Presse ist die Einrichtung von Schulungsprogrammen und Stipendien, die nach Präsident Sassoli benannt wurden, der selbst über dreißig Jahre lang als Journalist tätig war, und die sich an junge Journalisten und Journalistinnen richten.

Herausforderungen für die Demokratie sind nicht neu. Sie werden auch weiterhin bestehen und sich auf unterschiedliche Weise manifestieren. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass das Europäische Parlament Gegnern von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit stets die Stirn bietet. Die Grundwerte sind das Fundament des europäischen Projekts, und unsere Union wird auch in Zukunft nur dann gedeihen, wenn die Europäer und ihre Vertreter die Grundprinzipien unserer Union mit jedem Schritt entschlossen verteidigen.

Jaume Duch

AUF DEM SPIEL STEHT DIE DEMOKRATIE

Möglicherweise gehöre ich zu der letzten Generation, die dem Journalismus in seiner herkömmlichen Form gedient hat. Damit meine ich die Generation jener Journalisten, für die – was Informationen und die mit ihnen wünschenswerterweise verbundene Glaubwürdigkeit angeht – die Zeitung und Printmedien im Allgemeinen an oberster Stelle standen. Auch wenn es sich gelegentlich um ein Pseudonym handelte, war in diesen Medien jede Meinungsäußerung mit einem leicht wiederzuerkennenden Namen versehen, in dem sich jahrelange Arbeit widerspiegelte und der ein gewisses Gewicht hatte. Ich habe den Übergang vom herkömmlichen Druck zum Computer miterlebt. Er hat dazu geführt, dass die Verfasser unmittelbar in die technischen Aspekte des Informationsprozesses involviert wurden, wodurch sich mit der Zeit, beinahe unbemerkt, auch der Stil der Texte änderte. Ebenso wie das Fernsehen drang nun auch der Journalismus mit Wucht in die Gesellschaft des Spektakels ein. Die Unmittelbarkeit des Bildes und die Leichtigkeit, mit der es, ganz ohne Worte, die „Realität“ wiedergibt, ging und geht mit anderen Parametern einher, etwa einem ganz natürlichen Hang zur realistischen Darstellung von Gewalt, der durch den harten Wettbewerb zwischen den „Kanälen“ (bei denen es sich ja um kommerzielle Unternehmen handelt) verstärkt wird, sowie eine Tendenz zur Übertreibung, die auf die gleichen Gründe zurückzuführen ist. All dies trägt zu einer Verflachung der Programme in der Absicht bei, ein möglichst breites Publikum zu erreichen, da das Überleben des Unternehmens von der Werbung abhängt. An dieser Stelle sei an die Programme MEDIA 1 und 2 erinnert, für die wir vor vielen Jahren im Europäischen Parlament votiert haben. Sie enthielten sehr interessante Bemerkungen zur Rolle der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten (bei

denen es, wie angenommen werden darf, nicht allein um Gewinnstreben geht) bei der Verbesserung der Qualität der Programme.

Aber auch das Fernsehen gehört mittlerweile der Vergangenheit an. Das weiß jeder, auch die Älteren, die es brauchen, um Gesellschaft zu haben. Wir sind in der Ära der „sozialen Netzwerke“ und digitalen Plattformen angekommen. Auch wenn es die Journalisten sind, die aus nächster Nähe von den Ereignissen in der Welt berichten und ihr Leben aufs Spiel setzen, auch wenn die Erde jeden Tag durch kriegerische Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen erschüttert wird und im Herzen Europas gar erneut Krieg herrscht, haben diese Plattformen, die weitgehend unkontrollierbar sind, die „Macht“ und den „Einfluss“ mittlerweile auf ihrer Seite. Auch dort gibt es seriöse und echte „Namen“, aber es gibt auch viel Unfug. Jeder gibt in seiner eigenen Manier seine eigene Wahrheit zum Besten, oft in der naiven Überzeugung, dass dies die Speerspitze der modernen Demokratie sei. Heraus kommen für gewöhnlich aber nur Populismus, Unzulänglichkeit und Vulgarität. Und natürlich Desinformation.

Ist das die Schuld der Plattformen? Sicherlich nicht. Die Plattformen sind lediglich ein Transportmittel und ein Ergebnis dessen, was unser Zeitalter prägt: ein radikaler Narzissmus auf allen Ebenen (der sich im Alltag in banaler Weise unter anderem in Form der allgegenwärtigen Selfie-Mode zeigt) und die herrschende Mittelmäßigkeit des öffentlichen Diskurses. Die großen politischen Persönlichkeiten, die Europa einmal gekannt hat und die es aus den Trümmern des Krieges heraus aufgebaut und dabei großen Widrigkeiten die Stirn geboten haben, haben ihren Platz in den allermeisten Fällen technokratischen Verwaltern einer Macht überlassen, welche ihnen letztlich kaum gehört, weil sie im Wesentlichen auf andere Kreise übergegangen ist, in denen es um die Interessen einer globalisierten Wirtschaft geht. Die Plattformen und die von ihnen gebotenen Möglichkeiten zur Interaktion tragen, wenn auch unabsichtlich, dazu bei, und das Spiel geht weiter. Allerdings könnte es am Ende – wenn wir nicht aufpassen und auf die Probleme und Schwächen aufmerksam machen (wie?) – auf dem Rücken der Demokratie ausgetragen werden. Denn es geht um nichts anderes als die Demokratie, wie wir sie auf diesem alten, ermüdeten Kontinent gekannt haben, der – zumindest hinsichtlich der humanistischen Grundwerte, auf denen die westliche Welt fußt – immer noch seinesgleichen sucht.

Die Demokratie ist das, was in erster Linie auf dem Spiel steht. Demokratie: Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet etymologisch „Herrschaft des Volkes“. Nicht: „des Pöbels“. Das, was Demokratie voraussetzt, um funktionieren zu können, sind Gesetze und die Achtung der Gesetze, also das, was auch die berühmte Gleichberechtigung voraussetzt. Plattformen sind zweifelsohne Ausdruck unserer Zeit. Aber sie verstärken auch ihre Gefahren. So haben wir etwa die amerikanische Demokratie im Kapitol wanken gesehen – ein Beispiel, das extrem sein mag, aber beileibe nicht das einzige ist. Denn Demokratie geht Hand in Hand mit verantwortungsvoller, verlässlicher und gegengeprüfter seriöser Information, und es wird immer Journalisten geben, die bereit sind, sich mit Herzblut dafür einzusetzen.

Was lässt sich tun? Wie kann ohne autoritäre Einflussnahme Ordnung in das Chaos gebracht werden, das gegenwärtig im Internet herrscht? Dies ist vielleicht eine der großen Fragen der Zeit, und auch das Europäische Parlament täte gut daran, sich damit zu befassen. Etwa fünfunddreißig Jahre sind vergangen, seit wir einen Initiativbericht über die Zukunft der Presse in Europa ausgearbeitet haben. Heute erschiene er längst überholt. Wäre es nicht an der Zeit, dass sich das Europäische Parlament mit der Art und Weise befasst, wie Informationen heute dargeboten werden?

Katherina Daskalaki

GEDANKENFREIHEIT

Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit sind Grundrechte, die in jeder Gesellschaft geachtet werden sollten, was oft aber nur in fortschrittlichen und demokratischen Gesellschaften der Fall ist.

In den letzten Jahren haben wir gesehen, dass in einigen Ländern mit autokratischen Systemen die Pressefreiheit immer stärker beschnitten wird, Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mussten und viele Journalisten inhaftiert und verfolgt werden, während gleichzeitig die Bürgerrechte immer mehr eingeschränkt werden.

Zu den vielen Beispielen dafür gehören nicht nur Afghanistan, China oder andere Staaten mit monarchistischen bzw. diktatorischen Systemen, denn wir wissen, dass in Russland seit Jahren und in der Türkei schon seit langem der freie Zugang zu Informationen immer weiter begrenzt wurde und dort inzwischen praktisch gar nicht mehr vorhanden ist. Auch heute ist die Presse in allzu vielen Ländern nichts anderes als ein Sprachrohr des Regimes, und Informationen werden dort strengstens kontrolliert.

Ohne freien Zugang zu Informationen und ohne die Möglichkeit, anderer Meinung zu sein und Kritik zu üben, hat die Bevölkerung jedoch häufig auch keine Hoffnung auf ein besseres Leben.

Seit vielen Jahren sind Tausende von Journalisten den unterschiedlichsten Gefahren ausgesetzt, und viele von ihnen mussten ihre Berichterstattung mitunter aus den gefährlichsten Kriegsgebieten mit dem Leben bezahlen. Derzeit ist das, was in der Ukraine geschieht, das eindringlichste Beispiel dafür, wie Journalisten ins Visier genommen werden, um zu verhindern, dass die Bürger durch die Nachrichten und Bilder der Reporter erfahren, was in der Welt vor sich geht.

Zu den verschiedenen Möglichkeiten, wie Informationen bereitgestellt werden können, gehören das Internet und die Social Media, die eine großartige Gelegenheit bieten, Nachrichten und Wissen zu verbreiten, und über diese Netze konnten Menschen, die unter despotischen Regimen leben, in denen ihnen die Presse- und Informationsfreiheit verwehrt werden, miteinander in Kontakt treten. Es sei jedoch daran erinnert, dass es zwar für die Printmedien und den Rundfunk Vorschriften und Gesetze gibt, mit denen der Wahrheitsgehalt von Nachrichten überwacht wird, es aber bei der Nutzung des Internets de facto keine Möglichkeit einer rechtzeitigen Kontrolle gibt. Dieses Problem ist seit langem bekannt und bislang noch nicht gelöst worden, denn es gibt bis heute noch keine gemeinsamen Regeln, die dringend benötigt werden, um Manipulation und Desinformation zu verhindern. Das Fehlen von Vorschriften und die Unmöglichkeit, rechtzeitig tätig zu werden, haben zur Folge, dass Personen, die das Netz nutzen, um schwere Straftaten zu begehen, vom Terrorismus über den Verkauf gefährlicher und illegaler Stoffe bis hin zur Verbreitung von Falschmeldungen, sich ungehindert im Internet bewegen können, was zu Problemen für die soziale Stabilität führt.

Die Europäische Union muss gemeinsam zur Tat schreiten, um im Innern das Recht auf Gedanken-, Rede- und Informationsfreiheit zu verteidigen, und alle erforderlichen Instrumente einzusetzen, um diese Freiheiten auch überall in der Welt zu wahren. Bei allen Handelsabkommen, die die EU mit einem Drittland schließt, sollte auch die Achtung der Informationsfreiheit in dem jeweiligen Land berücksichtigt werden, und die EU sollte alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit in Wirtschaftsabkommen mit autokratischen Ländern festgeschrieben wird, dass zumindest ein gewisses Maß an Freiheit für diejenigen, die Informationen bereitstellen, und für diejenigen, die Anspruch auf richtige und wahrheitsgetreue Informationen haben, wieder eingeräumt wird.

Gerade weil die Bürger das Recht auf wahrheitsgemäße Informationen haben, muss von Anfang an klargestellt werden, dass Informationen, also Nachrichten, nicht mit Kommentaren verwechselt werden dürfen. Wenn an die Stelle der Realität eine politisch verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit tritt, wird der ganzen Gesellschaft dadurch ein großer Schaden zugefügt. Die Rechte der Informationsvermittler müssen mit ihrer Pflicht, unparteiisch und ausgewogen zu berichten, einhergehen.

Wir sind der Überzeugung, dass das Recht der Bürger auf Informationen mit der Verpflichtung für die Informationsvermittler verbunden werden muss, dafür zu sorgen, dass die Informationen korrekt sind und der Realität entsprechen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Journalisten klar zwischen Nachrichten und den eigenen Kommentaren unterscheiden, andernfalls verstoßen sie gegen die Prinzipien der Freiheit und Demokratie.

Cristiana Muscardini